

Roland Koch zwischen Dalai Lama und Josef Ackermann

Warum Hessen einen Politikwechsel nach links braucht

von | Frank Deppe

Die Landtagswahlen in Hessen Ende Januar 2008 werfen ihre Schatten voraus. Kein Wunder angesichts ihrer bundespolitischen Bedeutung. In mehrfacher Hinsicht: Mit dem Ministerpräsidenten Roland Koch und der hessischen CDU steht eine rechtskonservative Strömung zur Wahl, die sich selbst als Alternative zur Merkel-CDU sieht. Für die SPD steht die Frage, ob sie mit der Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti einen gleichsam linksverschobenen Ausweg aus der tiefen Krise der Sozialdemokratie findet. Und für die neue Partei »DIE LINKE« geht es beim Versuch des Einzugs in den Wiesbadener Landtag um die Repräsentanz der politischen Linken in den alten Bundesländern. Frank Deppe analysiert die (partei-)politischen Kräfteverhältnisse im Rhein-Main-Gebiet als einem der Knotenpunkte des globalen Kasino-Kapitalismus.

Die Partei »DIE LINKE« ist mit den Worten Eric Hobsbawms das Geschöpf des »großen Erdrutsches« – so charakterisierte der marxistische Historiker das letzte Viertel des 20. Jahrhunderts. Zwei große Einschnitte seien genannt: Erstens die Durchsetzung einer neuen Kapitalismusformation (Globalisierung, mikroelektronische Revolution, finanzgestütztes Akkumulationsregime, Wettbewerbsstaat usw.); und zweitens tiefgreifende Niederlagen (und Krisen) der sozialistischen und kommunistischen Linken auf der ganzen Welt. Der Neoliberalismus – als Bündnis zwischen Wirtschaftsliberalen und Konservativen – wird von den Amerikanern zu Recht als die »neue Rechte« bezeichnet. Der faschistische Militärputsch in Chile 1973 war »das erste Experiment mit der neoliberalen Staatsformierung« – so der New Yorker Anthropologe David Harvey.

Die neue Kapitalismusformation erzeugt *erstens* soziale Polarisierungen in verschiedenen Dimensionen. Sie vermehrt die alte Armut, erzeugt neue Formen der Armut (skandalös in reichen Ländern ist die Schande der zunehmenden Kinderarmut und der Altersarmut). Auf der anderen Seite explodiert der Reichtum nach dem Motto: »Wer hat, dem wird gegeben!«

Zweitens macht sich – insbesondere in der Mitte – eine allgemeine Unsicherheit breit: Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, Angst um die Zukunft der Kinder und um die im Alter. Furcht schlägt in der Regel eher in Unterwerfung und Anpassung um als in die Bereitschaft, kollektiv Widerstand zu leisten und für politische Alternativen zu kämpfen. Diese bittere Lehre haben die Gewerkschaften in den letzten 20 Jahren erfahren müssen. Aber diese Erfahrungen haben auch die



Foto: dpa

Glaubwürdigkeit und den moralischen Anspruch derer, die die herrschende Politik vertreten, massiv in Frage gestellt.

Die Rechte hingegen will die soziale Dimension der Unsicherheit ausblenden. Sie stellt den Kampf gegen den Terrorismus an die Spitze ihrer Agenda und benutzt ihn zu einem umfassenden Abbau der Demokratie und der Einschränkung der Grundrechte (»Autoritärer Kapitalismus« nennt das der Bielefelder Soziologie Wilhelm Heitmeyer, »disziplinärer Neoliberalismus« der kanadische Politikwissenschaftler Stephen Gill).

Drittens wird im Zuge der Privatisierung alles kommerzialisiert, den Regeln der Profitproduktion und des Marktes unterworfen. Nicht nur die Ökonomie und die Politik, sondern auch die Kultur, die Wissenschaft, die Freizeit, die Privatsphäre im weitesten Sinne werden von den Imperativen des Wettbewerbs, des Profits sowie der Vermarktung durchdrungen. Dass damit ein Verfall der Kultur und der Werte und eine teils unglaubliche Brutalisierung des Alltagslebens einhergeht, erregt nicht nur konservativ denkende Menschen (obwohl die daran denken sollten, dass es konservative Politiker waren und sind, die diese totale Kommerzialisierung auf den Weg gebracht haben), sondern nicht minder solche, denen die Grundwerte des Humanismus nicht gänzlich abhanden gekommen sind.

Viertens verliert die politische Klasse angesichts dieser Entwicklungen an Glaubwürdigkeit. Politik wird von immer mehr Menschen mit Skandalen, Korruption, Fehlverhalten einzelner Politiker und mit Raffgier denn mit Problemlösungskapazität verbunden. Die Volksparteien verlieren ihre Bindungskraft in die unteren Ränge der Gesellschaft und büßen damit ihre strukturelle Mehrheitsfähigkeit (tendenziell selbst in den klassischen Koalitionen) ein. Das trifft insbesondere die SPD, die unter die 30%-Marke absackt, aber auch die Unionsparteien, die um die 40%-Marke kämpfen müssen. Den Politikern kommt das Volk (der Demos) abhanden. In einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Juli 2007 heißt es: »Hinter dem Glaubwürdigkeitsverlust der politischen Parteien vollzieht sich ein noch tiefer gehender Prozess der schleichenden Delegitimierung des politischen Systems insgesamt, dessen demokratisch-partizipativer Gehalt von erschreckend vielen Menschen zunehmend bezweifelt wird: im Rahmen einer Gallup-Befragung Ende 2006 antworteten nur 30% der Briten, 28% der Italiener, 21% der Franzosen und erschütternde 18% der Deutschen auf die Frage, ob »das Land entsprechend dem Willen des Volkes regiert« werde, mit »Ja«.¹

Das ist *eine* Quelle für die Entstehung der Partei »DIE LINKE«: die Entfaltung und Erfahrung der inneren Widersprüche der neuen Kapitalismusformation, in der die Politik des »Klassenkompromisses« aufgekündigt ist. Der Erfolg der Partei hängt damit zusammen, dass sie sich mit der Kritik an der herrschenden Politik klar profilieren kann.

Überwindung neoliberaler Hegemonie

Selbstverständlich müssen *mittelfristig* Mehrheiten gewonnen werden, um einen Politikwechsel herbeizuführen, in dessen Mittelpunkt eine alternative Wirtschafts-, Sozial- und Ökologienpolitik – bei einer gleichzeitigen Ausweitung von Ele-

menten der direkten Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft – zu stehen haben. Einige in den Reihen der »Linken« erschrecken offenbar, wenn vom *Systemwechsel* gesprochen wird. Doch was ist ehrenrührig an der Erkenntnis, dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte sein kann? Es ist auch keine Schande, an Ernst Bloch und den »Geist der Utopie« zu erinnern, der das Bewusstsein der Notwendigkeit und Möglichkeit des Sozialismus, also einer anderen, besseren Welt, als Antriebskraft für die Kämpfe um die Zivilisierung der real existierenden Klassengesellschaft (d.h. Kampf gegen Barbarei, Krieg und Faschismus) begriffen hatte. Wer beim Systemwechsel indes an den Sturm auf das Winterpalais, an den »Langen Marsch« oder an den Partisanenkrieg in der Sierra Maestra denkt, hat einiges nicht verstanden.

Entscheidend ist etwas anderes: Es geht (auch in der hessischen Landtagswahl) um die Überwindung der neoliberalen Hegemonie. In der Verfolgung dieses Ziels ist die Partei »DIE LINKE« Teil der globalisierungskritischen Bewegung, die weltweit durchaus heterogene Erfahrungen macht: in Westeuropa andere als in Lateinamerika, wo ein »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« proklamiert wird. Der gegenhegemoniale Block sozialer, politischer und kultureller Kräfte setzt sich aus vielen Kräften zusammen: aus sozialen Bewegungen, Sozialverbänden, Teilen der Gewerkschaften und der Kirchen sowie aus parteipolitischen Kräften. Der Protest gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm hat gezeigt, wie sich die verschiedenen Ansätze produktiv ergänzen können.

Der Zusammenbruch des Sozialismus

Der »Große Erdrutsch« traf die Linke in der ganzen Welt: im Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme, der Krise der Linken in der Dritten Welt und in den Kapitalmetropolen selbst. Er traf die kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien, die Gewerkschaften, also die »alte Arbeiterbewegung«, aber auch die neuen sozialen Bewegungen aus den 1970er Jahren. Die Sozialdemokratie ist fast überall auf Anpassungskurs gegangen und hat sich von linken Traditionen und Programmen, soweit es sie noch gab, verabschiedet.

Eine *Besonderheit in Deutschland* bedeutet der Anschluss der DDR an den »Sieger BRD« – und hier liegt die *zweite* Quelle der Entstehung der Partei »Die Linke«. Es gilt zwei Logiken der Krise zu verarbeiten: einerseits den Zusammenbruch des »Staatssozialismus«, der von der SED als Staatspartei zu

Frank Deppe war bis 2006 Professor für Politische Wissenschaft an der Philipps-Universität Marburg. Letzte Buchveröffentlichungen: »Politisches Denken im Kalten Krieg« (Band 3 der Reihe »Politisches Denken im 20. Jahrhundert«), Teil 1: Die Konfrontation der Systeme, Hamburg 2006; Teil 2: Intellektuelle im Zeitalter der Systemkonfrontation, des Golden Age und der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen, erscheint im Frühjahr 2008 im VSA-Verlag Hamburg.

Der Beitrag basiert auf einer Rede, die Frank Deppe am 9.9.2007 auf einer Tagung des Beirats der »Linken« in Frankfurt a.M. gehalten hat. Das vollständige Redemanuskript kann von der Homepage von WISSENTTransfer heruntergeladen werden: www.wissenttransfer.info

¹ Ernst Hillenbrand, Zwischen alten Rezepten und neuen Herausforderungen: die europäische Linke muss sich neu orientieren, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Juli 2007.

verantworten war, andererseits die Erfahrung einer vielfältig gespaltenen und unterdrückten Linken in der Bundesrepublik, deren Strömungen sich lange untereinander bekämpft haben, sowie der Linken in der SPD und in den Gewerkschaften, die in den 1980er und 90er Jahren nochmals an Einfluss verloren haben. Nicht nur in Deutschland steht die Linke vor der Aufgabe der »Neugründung«. Und dabei stellt sich die Frage, wie sie mit ihrer eigenen Geschichte umgeht.

Nur die gründliche Analyse der Geschichte und ihrer Irrtümer ermöglicht es, die Widersprüche auszuhalten, dass die Linke *einerseits* stolz ist auf die Geschichte des Sozialismus und Kommunismus – denn es gab seit der Französischen Revolution von 1789 keinen Fortschritt der Demokratie, keine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen, keine Hebung der Bildung und der Kultur ohne die Kämpfe der Arbeiterbewegung, ohne den Einsatz (und die zahlreichen Opfer) von Menschen, die sich als Sozialisten oder Kommunisten bezeichneten.

Auf der anderen Seite des Widerspruchs jedoch findet sich Scham über die Verbrechen, die im Namen des Sozialismus begangen wurden. Die Linke hat den Willen, die Gründe dafür aufzuarbeiten und Lehren daraus zu ziehen. Dazu gehören die Verbrechen des Stalinismus und auch die Toten an der Mauer. Das Scheitern des Staatssozialismus war auch – neben vielen anderen Gründen – in diesen Verbrechen angelegt. Die Lehren ziehen heißt: Es kann keinen Sozialismus im 21. Jahrhundert – als sozialistische Politik oder als alternativer Gesellschaftsentwurf – geben, der nicht demokratisch (ich würde hinzufügen

rätendemokratisch, d.h. zivilgesellschaftlich-demokratisch als Selbstverwaltung) legitimiert ist und der den Rechtsstaat und die Grund- und Menschenrechte als zivilisatorische Errungenschaft der Moderne anerkennt.

Den Widerspruch auszuhalten bedeutet: gründliche Analyse der konkret-historischen Bedingungen, unter denen Menschen im Namen von politischen Ideologien gehandelt haben, Analyse ihrer Motive und Interessen sowie ihrer Handlungsoptionen in der konkret-historischen Situation. Daraus ergibt sich: Politik und Geschichte können nicht unter ausschließlich moralischen Gesichtspunkten analysiert und bewertet werden. Die Moral spielt in den ideologischen Schlachten eine große Rolle, in der Realität der Politik hingegen geht es in erster Linie um Machtverhältnisse. Der historische Kontext, der gemeinsam (objektiv, auch mit Gegnern linker Politik) zu analysieren ist, ist der Kalte Krieg, der die bestimmende Konfliktkonstellation der Weltpolitik zwischen 1947 und 1991 war – gekennzeichnet durch einen mit Atomwaffen gleichsam »eingefrorenen« Systemgegensatz.² Die gründliche Aufarbeitung der Geschichte ist entscheidend für den Umgang mit Angriffen der politischen Rechten auf die Linke.

Die moralische Legitimation des Roland Koch

Gerade die CDU in Hessen wird von einem Ministerpräsidenten geführt, der der Linken ihre moralische Legitimation abspricht, aber gleichzeitig jeden moralischen Anspruch ver-

Soeben erschienen

transform! european journal for alternative thinking and political dialogue

Herausgeber: »transform! Europe« (Brüssel), ein Zusammenschluss von Bildungsträgern, die in mehr als zehn Staaten Europas im Umfeld linker Parteien tätig sind. Er wirkt zugleich als politische Stiftung der Europäischen Linkspartei und in Kooperation mit der skandinavischen Linken.

Thema »Re-foundig the European Union?«

Autoren: Francis Wurtz (Frankreich), Franco Russo (Italien), Eric Meijer (Niederlande), Antero Eerola (Finnland), Stefan Petre Damo (Rumänien), Leo Seserko (Slowenien), André Brie, Joachim Bischoff und Gabi Zimmer (alle Deutschland), Alexandra Strickner (Österreich), Elisabeth Gautier (Frankreich), Antonis Manikis (Griechenland), Kees van der Pijl (Niederlande/Großbritannien)
Es werden Alternativen zum neuen Vertragsentwurf der Regierungen der Mitgliedsstaaten der EU diskutiert.

Das Heft wird ab 2008 zweimal jährlich erscheinen.

Bezugsadresse: Karl Dietz Verlag Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Fax: +49 30 29 78 45 36, E-Mail: info@dietzberlin.de



152 Seiten, Broschur, 10 Euro inkl. Versand
Abonnement 2x im Jahr 18 Euro inkl. Versand
ISSN 1865-3480

spielt, wenn er von den Verbrechen, die von seinen konservativen Freunden begangen wurden, offensichtlich moralisch überhaupt nicht betroffen ist. Als Beispiel mag der jüngste USA-Besuch von Roland Koch Mitte September in den USA dienen, um für die hessische Wirtschaft zu werben. Unterstützt wurde er dabei vom ehemaligen Sicherheitsberater und Außenminister der USA, Henry Kissinger. Dieser war verantwortlich für die Flächenbombardements von B-52-Bombern in Vietnam, Kambodscha und Laos in den Jahren 1969/1970.³ Die USA unterstützten durch Kissinger den Pinochet-Putsch und die Ermordung des demokratisch gewählten Präsidenten Salvador Allende in Chile. Mehr noch: Die blutigsten Militärdiktaturen in Lateinamerika der 1970er Jahre (Chile, Brasilien, Argentinien, Uruguay u.a.), die die Linken zu Zehntausenden verfolgten, außer Landes trieben, folterten und ermordeten, wurden von den USA inszeniert und/oder unterstützt. Und dann gibt es den begründeten Verdacht, dass die USA, d.h. Kissinger, ihr Plazet gaben, als indonesische Truppen am 7. Dezember 1975 in massiver Zahl die Grenze zu Osttimor überschritten und das Gebiet (in einem Akt, der nicht weniger rechtswidrig war als die irakische Verkündung, Kuwait sei »unsere 19. Provinz«) zu einem integralen Bestandteil Indonesiens erklärten. Der Widerstand war gewaltig – die Zahl der durch die indonesische Armee hingemetzelten Toten wird mit mindestens 100.000 angegeben (ebd., S. 148). Ich frage: Hat Roland Koch seinen Freund Henry Kissinger mit der Frage konfrontiert, wie er die historische und politische Verantwortung für diese – längst nicht vollständige – Liste von Verbrechen verarbeitet hat?

Eine nicht minder aufschlussreiche USA-Reise des hessischen Ministerpräsidenten liegt vier Jahre zurück. Damals wollte er in Wisconsin eines der brutalsten Modelle neokonservativer Sozialpolitik, die auf der These beruht, dass Sozialhilfe Armut nach sich ziehe und deshalb abgeschafft gehöre, studieren und in Hessen als Vorbild propagieren.⁴ Er stellte dann aber schnell fest, dass ihm brutaler Arbeitszwangs durch Streichen der Sozialhilfe hierzulande kaum Ansehen verschaffen würde. Aber bei dieser Gelegenheit durfte er Dick Cheney im Weißen Haus einen Besuch abstatten – und plötzlich geht die Tür auf und George W. Bush kommt dazu, für 17 Minuten, klagt über die deutsche Regierung (Schröder) und lobt ihn für die Hessen-Wahl. Er wollte seine Wertschätzung für den »wahren Konservativen Koch« ausdrücken – der in Deutschland den Bundeskanzler Schröder wegen dessen Weigerung attackiert hatte, mit den USA im Irak-Krieg zusammenzuarbeiten.⁵ Bei diesem Meeting hätte Koch eine exzellente Gelegenheit gehabt, seine moralische Kompetenz zu beweisen und dem US-Präsidenten deutlich zu machen, welch gewaltiges Verbrechen dieser Krieg ist; die Schätzungen der Toten – vor allem Zivilisten – schwanken zwischen 175.000 und 650.000.

Zwischen Kasino-Kapitalismus und Dalai Lama

Nun wird bei der Hessen-Wahl nicht über den Irak-Krieg abgestimmt. Es geht nicht so sehr um Weltinnenpolitik. Aber es geht beileibe auch nicht um Provinzposen. Hessen ist mit

dem Rhein-Main-Gebiet als Knotenpunkt und Drehscheibe, dem Frankfurter Flughafen und dem Finanzplatz Frankfurt als einem der weltweit wichtigsten Stützpunkte der »Geldmachtmaschine« der internationalen Finanzmärkte im globalen High-Tech- und Kasino-Kapitalismus in besonderer Weise eingebunden. Die neoliberale Politik ist auf die Bedürfnisse dieser globalen »Geldmachtmaschine« zugeschnitten.

Den hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch schätzen seine Freunde als hoch intelligent, als ein Arbeitstier, zuverlässig und sehr effektiv. Seine politische Biographie seit den 1970er Jahren ist geprägt durch das Feindbild der »68er«, die ihm offenbar in seiner Jugend manche Demütigung zugefügt haben. Seine bislang schwerste politische Niederlage liegt noch nicht lange zurück: Angela Merkel hatte ihn – wie auch Friedrich Merz – beim Kampf um die Kanzlerkandidatur ausgestochen und ihr Erfolg als Kanzlerin und Weltpolitikerin bereitet ihm nicht unbedingt Wohlbehagen. Der Traum vom Wechsel aus Wiesbaden nach Berlin ist erst mal geplatzt.

Roland Koch hat nicht nur ausgeprägte machtpolitische Interessen, sondern auch spirituelle Neigungen. Er ist ein enger Freund des Dalai Lama, einer seiner politischen Botschafter; jüngst traten sie wieder gemeinsam im Hessenpark (man möchte sagen: als die »Wiesbadener Herzbuben«) auf. Wenn ich mir die Schlüsselbegriffe der Lehren des Dalai Lama vergegenwärtige – Freundschaft, Glück, Mitgefühl, Einfühlungsvermögen, Herzengüte, seine spirituelle Entrückung von Geld und Macht – frage ich mich, was dies mit der öffentlichen Person Roland Koch zu tun hat. Bei einem Politprofi wie Koch (der stolz ist auf seine Skrupellosigkeit) drängt sich der Eindruck eines sorgsam gepflegten Public Relation Gags – vielleicht sogar von der Werbeagentur »Zoffel Hoff Partner« inszeniert – auf, durch den mit der Nähe zum Dalai Lama (der ja auf Massen außerordentlich faszinierend wirkt) gerade das negative Image von Koch geschönt werden soll. Oder es handelt sich um eine harte antikommunistische Option, die Anliegen des tibetischen »Gottkönigs«⁶ gegen die kommunistische Führung in Peking am Kochen zu halten? Da muss Herr Koch inzwischen mächtig jonglieren; denn er will auch die Interessen der hessischen Wirtschaft im boomenden China vertreten

² Vgl. ausführlich Frank Deppe, Politisches Denken im Kalten Krieg. Teil 1: Konfrontation der Systeme, Hamburg 2006.

³ Als Ergebnis der ausgeweiteten und intensivierten Bombardierungen, so die offiziellen Schätzungen, verloren in Laos bis zu 350.000 und in Kambodscha bis zu 600.000 Zivilisten ihr Leben. Die Flüchtlingszahlen sind um ein mehrfaches höher. Dazu kommt der großflächige Einsatz von giftigen chemischen Entlaubungsmitteln, die die Gesundheit der Betroffenen massiv schädigten. Die Opfer waren natürlich vor allem Kinder, stillende Mütter, ältere Menschen und Kranke. Ihr Leid hält bis heute an«, so der amerikanische Journalist Christopher Hitchens, Die Akte Kissinger, Stuttgart/München 2001, S. 63.

⁴ Vgl. dazu Franz Segbers, Neoliberale Reorganisation des Sozialstaates. Zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der Hessischen Landesregierung, in (dem lesenwerten Buch): M. Geis u.a. (Hrsg.), Hessen hinten! Sieben Jahre Hessische CDU an der Macht – eine kritische Bilanz, Marburg 2007, S. 19-30, hier S. 24ff.

⁵ »Über 1000 Sekunden mit dem US-Präsidenten, die ließen ihn noch Tage später selig grinsen, als habe er von psychedelischen Pharmazeutika genascht.« Hajo Schumacher, Roland Koch. Verehrt und verachtet, Frankfurt/Main 2004, S. 263.

⁶ Der Dalai Lama beansprucht, Gott und König in einer Person zu sein – nicht gerade ein demokratisches Ideal. Und solange er als Gottkönig in Tibet herrschte, war dies auch kein Land des Fortschritts, der Freiheit und der Demokratie. Die Bewunderung dieses Gottkönigs ist schon etwas merkwürdig für einen Europäer, der sich daran erinnert, dass der »Investiturstreit« zwischen Kaiser und Papst schon im 11. und 12. Jahrhundert ausgetragen wurde.

– und deshalb muss er die harten Interessen des Dalai Lama etwas diskreter wahrnehmen.

Roland Koch ist derjenige unter den Ministerpräsidenten der CDU, der die Interessen der »Wirtschaft«, also die Interessen dieser »Geldmachtmaschine« am unmittelbarsten in der Öffentlichkeit vertritt. Er ist – so das »Handelsblatt« (21.8.2007) – »der stramm konservative, neoliberale Sonny-boy der Wirtschaft und der Banken«, seine »Rückfälle« in den Kalten Krieg erinnern nicht zufällig »an Kochs Vorbild, Alfred Dregger«, den Erfinder des Schlachtrufs »Freiheit statt Sozialismus«. Im Folgenden einige Beispiel dieses Engagements:

- Koch unterstützt – immer als einer der Ersten – die Energiekonzerne, die den »Atomkompromiss« (Abschalten der Alt-Anlagen) verhindern wollen.
- Koch verhinderte im Kontext der Gesundheitsreform die so genannte Positivliste, damit die hessischen Pharmaunternehmen weiterhin Mond- statt Marktpreise kassieren.⁷
- Der Frankfurter Flughafen muss Koch zufolge so erweitert werden, wie es den Interessen des Unternehmens »Fraport« und der regionalen Wirtschaft am besten entspricht.
- Koch wendet sich gegen die Vermögenssteuer bzw. gegen eine so genannte Reichensteuer. Im Landtag reagierte er auf die Kritik des ver.di-Vorsitzenden an einigen Superreichen (die namentlich genannt wurden) mit dem Hinweis, Bsirske betreibe eine »Stigmatisierung der Reichen«, eine neue Form des Judensterns aus dem Dritten Reich. Solche Geschmacklosigkeiten waren schon bei der alten CDU-Finanzaffäre (»jüdische Vermächtnisse«) in Umlauf gesetzt worden.
- Der »Wirtschaftsanwalt aus Eschborn« propagiert das »Wisconsin-Modell« für die Sozialpolitik, das nur die härtesten Hardliner im Arbeitgeberlager in Begeisterung versetzt hatte; und natürlich tritt er gegen die Forderung nach Mindestlöhnen ein.
- Josef Ackermann konnte sich der Unterstützung Kochs im Zusammenhang mit seinem Gerichtsprozess in Düsseldorf sicher sein. In diesem Kontext ist zudem Kochs Vorschlag, für ausländische Spitzenkräfte in der deutschen Wirtschaft den Spitzensteuersatz zu senken (»Lex Ackermann«), zu sehen. Von den Bankbossen, die öffentlich ihre Sympathie für Koch bekunden, ist der Chef der Commerzbank/Allianz, Dr. h.c. Klaus-Peter Müller, sein größter »Fan«. Vor der letzten Wahl in Hessen mobilisierte er eine Million für die CDU.⁸
- In dem gerade erschienen Buch »Anklage unerwünscht. Korruption und Willkür in der deutschen Justiz«⁹ wird geschildert, wie das hessische Finanzministerium Gesetzesverletzungen zugunsten des Finanz- und Kapitalmarktes toleriert.

Die Philosophie ist simpel: Wenn es der Wirtschaft gut geht, dann geht es auch dem »gemeinen Volk« gut. Das Problem ist jedoch, dass dieser Mechanismus der »Wirtschaftswunderzeit« nicht mehr funktioniert. Wenn der Neoliberalismus erfolgreich ist, explodieren die Gewinne und die Einkommen der Reichen und Superreichen, aber gleichzeitig nimmt die Spaltung der Gesellschaft, der Abstieg nach unten und die Armut zu. Das muss auch einem Roland Koch Sorgen bereiten; denn die Krise der beiden großen Volksparteien signalisiert, dass nur

mit den Stimmen der »Gewinner« dieser Politik keine Mehrheiten zu gewinnen sind. Das ist der Kern des Problems der hessischen CDU – welches für die SPD noch viel größer ist. Während Andrea Ypsilanti dieses Problem zu lösen sucht, indem sie sich mit linken Positionierungen zu profilieren erhofft, bleibt Roland Koch nur die – ihm freilich aus dem Herzen und dem Leibe kommende – Profilierung nach rechts, um wenigstens die konservativen Wähler aus den ländlichen Gebieten und den traditionell katholischen Regionen (z.B. um Fulda) wieder an die CDU zu binden. Denn das war eine der zentralen Erfahrungen der letzten Wahlen: Die klassischen Stammwählerpotenziale (in den alten Hochburgen beider Parteien) lösen sich auf. Die Fluktuation der Stimmen hat enorm zugenommen und die Motive für die Wahlenthaltungen speisen sich überwiegend aus der Politikverdrossenheit, der Unzufriedenheit mit der politischen Klasse.

Das Machtkartell

Allerdings gibt es ein zweites Merkmal des »Regimes Koch« (Regime als politikwissenschaftlicher, nicht als wertend-moralischer Begriff verstanden). Seit seinem ersten Wahlerfolg 1999 und der Geheimkonten-Affäre der hessischen CDU umweht Roland Koch der Geruch illegaler Geschäfte und Praktiken zum Zwecke der Machtsicherung. Daher polarisiert er wie kein zweiter: »Verehrt und verachtet« – so der Titel der Koch-Biografie von Hajo Schumacher. Die Steuerpolitik in Hessen gehört selbstverständlich auch in diese Kategorie: Innerhalb der Ministerialbürokratie wird getrickst, gemobbt und betrogen, um wirtschaftliche Bereicherungsinteressen zu schützen und um den Eindruck zu verwischen, dass dies nur mit direkter Unterstützung der hessischen Landesregierung möglich ist. Als Roland Koch in der Geheimkonten-Affäre »brutalst mögliche Aufklärung« versprach, als Manfred Kanther die Verantwortung auf sich nahm und Franz Josef Jung aus der politischen »Frontlinie« abgezogen wurde (um bald wieder in Berlin als Verteidigungsminister für seine Parteidisziplin belohnt zu werden), da blieb der schale Geschmack zurück, dass hier mehr vertuscht als aufgeklärt worden war. Und jetzt wird im Zusammenhang der Ermittlungen in der Werbewirtschaft – u.a. auch gegen die einstige Wiesbadener Kommunikationsagentur »Zoffel Hoff Partner« – der Verdacht erhoben, dass Kochs Europaminister Volker Hoff in kriminelle Aktionen involviert gewesen sein soll, bei denen – so Hans Leyendecker und Klaus Ott von der Süddeutschen Zeitung (2.8.2007) – über Scheinfirmen fast 52 Millionen Euro beiseite geschafft worden sind.

Die Brisanz dieses Falles liegt darin, dass Hoff nicht irgendwer ist, sondern zum engsten Kreis der »Tankstelle« gehört, jener Gruppe von jungen Unionisten, die sich Anfang der 1980er Jahre zusammenschlossen, um die Macht in der hessischen CDU zu übernehmen – unter Roland Koch haben sie nun in der Tat die Schlüsselpositionen der hessischen Politik besetzt. Aus diesen Verflechtungen entstehen effiziente Netzwerke der Macht; aber die damit verbundenen Möglichkeiten der Bereicherung überschreiten auch immer wieder die Grenzen der Legalität. Dann muss das Machtkartell der »Tankstelle«

gut funktionieren, um »Fehlschläge« und daraus folgende Ansehensverluste in der Öffentlichkeit auszubügeln. Die Informationen über die »Tankstelle« haben inzwischen dafür gesorgt, dass die »Tankstellenkumpel« Jürgen Banzer, Justizminister, Karlheinz Weimar, Finanzminister, sowie der einstige »Tankstellenchef« und Innenminister Volker Bouvier als Kettenmitglieder einer politischen Seilschaft wahrgenommen werden, die im Zentrum der landespolitischen Macht dafür sorgen, dass der Schaden der Veröffentlichung illegaler Praktiken im Umfeld dieser Seilschaft möglichst gering gehalten wird. Für viele Bürgerinnen und Bürger verstärkt sich auf diese Weise die Politikverdrossenheit, die oftmals mit der Unterstellung einhergeht, dass die »Politik ein schmutziges Geschäft der persönlichen Bereicherung durch Machterwerb« sei.

Es gibt also zahlreiche Gründe, in diesem Wahlkampf für die Abwahl von Roland Koch und für eine neue linke Politik in Hessen zu kämpfen.

DIE LINKE und die SPD-Linke

Hessen war jahrzehntelang eine Hochburg der SPD. Es wurde sogar schon einmal in den Nachkriegsjahren, 1948, vom damaligen Fraktionsvorsitzenden der SPD zur »sozialistischen Republik« erklärt, als das Sozialisierungsgesetz im Hessischen Landtag – gemeinsam von SPD, CDU und KPD – verabschiedet wurde. Die Hegemonie der SPD – personifiziert durch den langjährigen Ministerpräsidenten Georg August Zinn – be-

ruhte auf dem Bündnis der südhessischen Arbeiter mit der landwirtschaftlichen Bevölkerung von Nordhessen, das durch die Politik der SPD und der Landesregierung immer wieder erneuert wurde (»Arbeiter-und-Bauern-Staat«; Vorbild war allerdings nicht die DDR, sondern das »Volksheim« Schweden). Das hat sich seit den 1970er Jahren gründlich geändert. Die SPD hat ihre Bastionen im Süden – also im Rhein-Main-Gebiet – verloren, während sie in Nordhessen (im Raum Kassel) ziemlich stabil geblieben ist. Bei der »langfristigen Entwicklung des Parteiensystems in Hessen«, so Eckart Hohmann und Konrad Schacht, »kann man verschiedene Phasen unterscheiden. Die

⁷ Hajo Schumacher, Roland Koch, a.a.O., S. 296.

⁸ Nachdem Ackermann den Mannesmann-Prozess überstanden hatte, schrieb die Schweizer »Weltwoche« (06/07): »Man traf sich zum Gespräch in einem Schloss unweit von Frankfurt, ein gediegener Prachtbau, der einst den Herzögen von Nassau als Wohnsitz diente. Geplant war ein internationaler Dialog von deutschen, englischen und französischen Wirtschaftsgrößen und Politikern. Deutschlands Finanzminister Peer Steinbrück war dort und erzählte von der Notwendigkeit, die internationalen Hedge-Fonds zu mehr Transparenz zu motivieren. Jean-Claude Trichet, Chef der europäischen Notenbank, lauschte gespannt, ehe er sich zu den »gewaltigen Integrationsfortschritten Europas« äußerte. *Gastgeber Roland Koch*, der Ministerpräsident von Hessen und einer der klügsten Konservativen Deutschlands, unterhielt sich in den Pausen mit dem deutschen Unternehmensberater Roland Berger, während sich Polens ehemaliger Ministerpräsident Bielicki und der in der Schweiz wohnhafte Multimilliardär Eberhard von Koerber in eine Diskussion mit dem legendären britisch-österreichischen Verleger Lord Weidenfeld vertiefte. Unbestrittener Gaststar im distinguierten Kreis freilich war der Schweizer Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank, gefeiert als »Banken-Titan« (Bild) nach der Vermeldung von Rekordgewinnen seines Instituts in der letzten Woche, sah sich bereits im Foyer von Gratulanten umringt. Man verneigte sich und senkte die Stimme. Ehrbietig rückten die versammelten Honoratioren an. Ackermann strahlte.«

⁹ Vgl. Jürgen Roth/Rainer Nübel/Rainer Fromm, Anklage unerwünscht! Korruption und Willkür in der deutschen Justiz, Frankfurt a.M. 2007, S. 97-117.

AUF DEM ROTEN TEPPICH:

LINKE Projekte (der Argument-Verlag, das »Blättchen«, der Karl Dietz Verlag Berlin, der »Freitag«, der Offizin Verlag, der Pahl-Rugenstein Verlag, die Rosa Luxemburg Stiftung, »Sozialismus«, »UTOPIE kreativ« und der VSA-Verlag) rollen auf der **Frankfurter Buchmesse** vom 10. bis zum 14. Oktober in **Halle 3.1, B 171/C 170/C 172** den roten Teppich aus – für ihre AutorInnen und für andere Aussteller. Es treten auf:

Donnerstag, 11. Oktober

11-12 Uhr: **Jörg Huffschild: Finanzmärkte, Immobilienkrise, Bankenpleiten** (PapyRossa/Blätter für deutsche und intern. Politik/Memorandumgruppe)

12-13 Uhr: **Margit Köppen** (IGM) und **Jörg Huffschild** diskutieren über die neuen **Finanzinvestoren: Retter oder Raubritter?** (VSA)

14-15 Uhr: **Erik Neutsch** und **Klaus-Detlef Haas** sprechen über den sozialistischen Staat, für den Neutsch sich engagierte: **Der Spur der Steine nachgehen** (Rosa-Luxemburg-Stiftung)

15-16 Uhr: **Andréj H.** und **Malte Daniljuk** stellen das Buch **Revolution als Prozess** vor, fragen nach Selbstorganisation und Partizipation in Venezuela (VSA)

16-17 Uhr: **Michael Buckmiller** portraitiert den ungewöhnlichen Denker der frühen Bundesrepublik **Wolfgang Abendroth: Der Kampf gegen die Restauration** (Offizin)

Freitag, 12. Oktober

11-12 Uhr: ver.di-Gewerkschafter **Peter Bremme** und Krimi-Autorin **Doris Gercke** klären, ob Organizing für deutsche Gewerkschaften taugt: **You never work alone** (VSA)

13-14 Uhr: **Arantxa Urretabizkaia** und **Edorta Jimenez** sowie **Petra Elser** präsentieren die ersten Bände von **Zubiak – Baskische Bibliothek** (Pahl-Rugenstein)

14-15 Uhr: **Leo Mayer** diskutiert, ob die **Globalisierung am Ende** ist (Neue Impulse/Marxistische Blätter/isw)

15-16 Uhr: **Karl-Heinz Dellwo**, ehemaliges RAF-Mitglied, analysiert das »Konzept Stadtguerilla«: **Das Projektil sind wir** (Edition Nautilus)

16-17 Uhr: **Katja Kipping** und **Michael Brie** führen **Programmmatische Debatten** in DIE LINKE. (Rosa-Luxemburg-Stiftung/Karl Dietz Verlag)

Samstag, 13. Oktober

12-13 Uhr: **Hans-Dieter Schütt**, Feuilleton-Redakteur, liest aus seinem neuen Buch **Die Farbe Schwarz-Weiß** (Neues Deutschland).

13-14 Uhr: **Wolfgang Hübner/Tom Strohschneider: Lafontaines Partei.** (Karl Dietz/ND)

14-15 Uhr: **Rainer Rupp** analysiert die Strategien der Akteure im **Nahen und mittleren Osten** (Pahl-Rugenstein).

15-16 Uhr: **Else Laudan:** das Konzept der Ariadne Krimis: **Kriminelle Heimat** (Argument)

16-17 Uhr: **Klaus Ahlheim: Abschied von der Gerechtigkeit?** (Offizin/Loccumer Initiative kritischer WissenschaftlerInnen)

Sonntag, 14. Oktober

11-12 Uhr: **Jörn Schütrumpf: Die Oktoberrevolution** (UTOPIE kreativ & Das Blättchen).

14-15 Uhr: **Marcus Havel: Die normalisierte Nation** (Offizin/Loccumer Initiative)

www.auf-dem-roten-teppich.de

Messegelände Halle 3.1 B 171, 3.1 C 170 und 3.1 C 172

Entwicklung beginnt mit einer Konzentrationsphase, die 1970 beendet ist und von einer Konkurrenzphase der beiden Großparteien abgelöst wird. Diese zweite Phase endet zu Beginn der 1980er Jahre, mit denen eine Erosionsphase einsetzt, die durch sinkende Integrations- und Mobilisierungskraft von SPD und CDU, durch steigende Nichtwähleranteile und Wahlerfolge kleiner Parteien gekennzeichnet ist.¹⁰

Spitzenkandidatin der Hessischen SPD ist Andrea Ypsilanti aus Rüsselsheim. Sie vertritt – ihrem eigenen Anspruch zufolge (und so, wie sie sich durchgesetzt hat) – die SPD-Linke in der Tradition des Bezirks Hessen-Süd. Sie legt offenbar Wert auf Distanz zur SPD-Bundespolitik, zu Hartz IV und zur Agenda 2010. Die Berufung von Hermann Scheer ist respektabel, vielleicht gilt das auch für den in Finnland arbeitenden Bildungspolitiker Rainer Domisch. Natürlich gibt es berechtigten Zweifel, ob und wie sie ihre linke Position durchhalten wird: Das Angebot über eine große Koalition an Roland Koch hat sie schon gemacht; gleichzeitig müht sie sich um Abgrenzung gegenüber der Linkspartei. Wie sie zu Franz Müntefering, der die Agenda 2010 in der Berliner Koalition fortschreibt, und zu Frank-Walter Steinmeier, Matthias Platzeck und Peer Steinbrück steht, die die SPD von den »Sozialstaatskonservativen« abgrenzen wollen und Gerhard Schröder als eine Art August Bebel des 21. Jahrhunderts hochleben lassen – all das wird sich zeigen. Das heißt: Wenn sie sich als Linke profilieren will, wird sie dazu viel Mut brauchen. Und wenn sie als Linke in Hessen verliert, dann stehen genügend rechte Sozialdemokraten bereit, sich Roland Koch anzudienen.

Wenn sie (bzw. die SPD-Linke, namentlich etwa Ottmar Schreiner) scheitert, so wird sie vielleicht wie etliche andere ehemalige Mitglieder der SPD auch zur Partei »DIE LINKE« kommen. Wichtig ist: »DIE LINKE« ist keine Partei der Sektierer und wiederholt hoffentlich auch nicht die Fehler des ultralinken Kurses. M.E. sollte »DIE LINKE« Andrea Ypsilanti in ihrer Eigenschaft als linke Sozialdemokratin Erfolg in der eigenen Partei und gegen die Rechte um Roland Koch wünschen. Denn es gilt: Die Mehrheiten, für die »DIE LINKE« kämpft, sind ohne eine Stärkung der Linken in der SPD nicht zu erreichen (das schließt auch linke Christdemokraten wie Heiner Geißler und Norbert Blüm ein). Doch es gibt ebenso eine Gegenrechnung: Ypsilanti sollte sich wünschen, dass »DIE LINKE« möglichst deutlich über 5% Stimmenanteile erlangt. Ohne eine starke Kraft links von der SPD hat die Linke in der SPD keine Chance – eine alte politische Wahrheit.

Die Zielgruppen

Welche sind die Zielgruppen der Linkspartei, die für eine Stimmabgabe mobilisiert werden müssen? Es wäre zu einfach, nur an die enttäuschten Wähler von SPD und Grünen sowie an die Mobilisierung von Protestwählern zu denken, die sonst nicht zur Wahl gehen.

- Da sind zunächst die Opfer der neoliberalen Politik und der Agenda 2010 – allein in Frankfurt gibt es 70.000 Hartz-IV-EmpfängerInnen. Es ist aber kein Geheimnis, dass sich das »Prekariat«, wie die Unterschichten neuerdings genannt werden, nur schwer für die Stimmabgabe mobilisieren lässt.

Sie stellen in der Regel den höchsten Anteil der Stimmverweigerer.

- Die zweite Gruppe sind die Arbeitnehmerinnen und -nehmer in den Betrieben, die darum wissen, wie Belegschaften und Betriebsräte erpresst werden, die die Arbeitsverdichtung kennen, die wissen, was es bedeutet, wenn die Rente gekürzt wird, das Geld (angesichts der Preissteigerungen) knapper wird, und die Angst um die Zukunft ihrer Kinder haben. Diese Menschen wissen auch, wie wichtig es ist, dass die Gewerkschaften vor Ort, im Betrieb wieder stärker werden.

Für beide Gruppen ist die Präsenz von SpitzenkandidatInnen und -repräsentantInnen der Partei in den Medien (also z.B. Oskar Lafontaine und Gregor Gysi im Fernsehen) besonders wichtig.

- Die dritte Gruppe stellen die Angehörigen der Mittelschichten dar, denen es relativ gut geht (bzw. ging), die aber die Verunsicherung spüren, die sich allenthalben in der Gesellschaft und in der Politik eingestellt hat und die aufgrund ihres Bildungsstandes vielleicht eher in der Lage sind, die Phrasen und die Selbsterhaltungsstrategien der politischen Klasse zu durchschauen. Hier finden sich des Weiteren viele (z.B. den Kirchen verbundene) Menschen, deren moralisches Empfinden sich angesichts der Zunahme der Armut (vor allem der Kinderarmut) – bei gleichzeitigem Luxuskonsum der Superreichen – empört.
- Schließlich gibt es die Gruppe der Intellektuellen, denen in der Partei – nicht nur im Bereich der Kultur – ein Betätigungsfeld angeboten werden sollte. Das Spannende an dieser Partei ist ihr gleichsam experimenteller Charakter – offen für unendlich viele Fragen und Optionen. Es existieren einige klare Forderungen und Überzeugungen, warum die herrschenden Verhältnisse einer scharfen Kritik unterzogen werden müssen – doch mit Blick auf die Zukunft müssen noch sehr viele Fragen und Problemfelder bearbeitet werden. Das betrifft die Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus in seinen globalen Dimensionen ebenso wie die Entwicklung von Alternativen zur herrschenden Politik. Und es betrifft natürlich den großen Gedankenaustausch und -wettbewerb über die Frage, was denn die Formel »Sozialismus im 21. Jahrhundert« überhaupt bedeuten kann. Dazu benötigt »DIE LINKE« Menschen, die nicht nur über spezifische Fähigkeiten (im Bereich der Ökonomie, der Ökologie, der Sozialpolitik, übrigens auch Historiker für die notwendigen Geschichtsdebatten) verfügen, sondern die auch den Mut haben, Vorschläge zu machen, wie ein besseres Leben und gute Arbeit aussehen könnten, wie die Gleichheit der Geschlechter realisiert wird, wie der Krieg aus der Politik zu verbannen ist und wie der Satz der globalisierungskritischen Bewegung »Die Welt ist keine Ware« auch in der Politik konkretisiert und umgesetzt werden kann. Wenn es gelingt, den Anforderungen auch nur teilweise gerecht zu werden und nicht in Sektrenkämpfe abzugleiten, dann dürfte ein Wahlerfolg für »DIE LINKE« erreichbar sein.

¹⁰ Eckard Hohmann/Konrad Schacht, Landtagswahlen in Hessen, in: B. Heidenreich/K. Schacht (Hrsg.), Hessen – Wahlen und Politik, Stuttgart/Berlin/Köln 1996, S. 164-194.